Kämpfen in der Krise!

5 Punkte für ein Antikrisenprogramm im Bund und in Bremen

Wie lange die derzeitige Krise dauert und wie tief sie sein wird, weiß derzeit niemand. Sicher ist aber: Diese Krise lässt sich nicht aussitzen. Sie belegt die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems. Gleichwohl erfordert die Krise konsequentes Handeln. Handeln in der Krise ist das, worauf es jetzt ankommt. Die Folgen der Krise bekämpfen, die Strukturen verändern, die in die Krise geführt haben, und zukunftsfähige, bessere Grundlagen für die Zeit nach der Krise schaffen: Das gilt es jetzt durchzusetzen. In den Betrieben, auf der Straße, in den Parlamenten.

Die Beschäftigten wissen: Bislang passiert in der Krise vor allem das, was vorher auch passiert ist – nur schneller und radikaler. Es wird entlassen, es werden Stellen abgebaut, während die verbleibenden Beschäftigten noch schneller und härter arbeiten müssen, um den nächsten Stellenabbau vorzubereiten. Die Bundesregierung schiebt denen das Geld zu, die sich auch vor der Krise schon bereichern durften. Die faulen Kredite werden auf Kosten der Allgemeinheit entsorgt. Die unverkäuflichen Autoberge werden auf Kosten der Staatskasse subventioniert wie seinerzeit die Butterberge der EU. Die Steuersenkungen kommen vor allem denen zu Gute, die viel verdienen. Das ist die erklärte Parole der Großen Koalition im Bund: In der Krise ist vor der Krise ist nach der Krise. „Gestärkt aus der Krise kommen“ heißt für die Bundesregierung: Noch radikaler so weiter machen wie vorher. Mit höheren Unternehmensprofiten, mehr Arbeitslosen, noch mehr Lohnabbau, noch härteren Angriffen auf Erwerbslose und noch stärkeren Einschnitten in den Sozialstaat. Die Bundesregierung will den Kapitalismus retten, nicht die Interessen der Beschäftigten und der breiten Bevölkerung verteidigen.

Dagegen müssen wir uns jetzt querlegen. Die neoliberale Propaganda und die kapitalistischen Botschaften haben sich entlarvt und erledigt. „Arbeit schafft man dadurch, dass der Staat sich raushält“ - „Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ist der Garant für Arbeitsplätze und Wohlfahrtsstaat“ – „Lohnverzicht und Flexibilisierung sichern unsere Arbeitsplätze“: Nichts davon ist wahr.

Wahr ist: Die Produktivität ist in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen, die Arbeit hat sich verändert. Das fordert als Konsequenz: Kürzere Arbeitszeiten, mehr moderne Dienstleistungen, eine neue Rolle der Beschäftigten im Betrieb, eine bessere Anerkennung der Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, mehr staatliche und gesellschaftliche Planung, weniger Leistungsdruck und mehr Innovation, mehr Offenheit für Migration, einen neuen Geschlechtervertrag. Das war immer schon die notwendige Reaktion auf steigende Arbeitsproduktivität. Sonst sind Arbeitslosigkeit, Überproduktion, fehlende Innovation und Krisen die Folge.

Die „Leistung“ der Vorkämpfer des neoliberalen Kurses in Regierungen, Konzernleitungen und Finanzeliten war es dagegen, die notwendigen Umstellungen zu verhindern. Stattdessen haben sie ihre Gewinne und Gehälter auf Kosten der Beschäftigten und der Allgemeinheit finanziert. Umverteilung von unten nach oben, Sozialabbau, Privatisierung und radikale Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, systematische Aushöhlung tariflicher

Arbeitsverhältnisse, gesundheitsschädliche Überlastung der Beschäftigten, Zerschlagung industrieller Substanz durch Ausverkauf und Stilllegung waren der Ersatz für eine zukunftsorientierte Modernisierung. Dass das in die Krise führt, war seit langem deutlich. In den USA wurde die private Überschuldung gezielt gefördert und immer neue „Finanzprodukte“ erfunden, um Geld in die Wirtschaft zu pumpen – lauter ungedeckte Schecks, die jetzt platzen. Jetzt bekämpfen die Regierungen der Welt, Hand in Hand mit den Konzernleitungen, die Krise genau so: Mit ungedeckten Schecks in Form von Anlagegarantien und „Konjunkturprogrammen“, die demnächst von der Bevölkerung bezahlt werden sollen.

Dagegen müssen wir uns wehren. Die Demonstrationen am 28. März „Wir zahlen nicht für eure Krise“ waren ein erster ermutigender Schritt. Die Forderungen nach bezahlter Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden, angemessenen Mindestlöhnen von 10 Euro und Anhebung des Arbeitslosengelds II auf mindestens 500 Euro, gingen in die richtige Richtung. In ganz Europa gehen Belegschaften und Bevölkerung auf die Straße, besetzen Betriebe, sagen Nein zu Entlassungen und fordern eine Neuorientierung in der Krise. In Deutschland liegt über allem noch die Käseglocke der kommenden Bundestagswahl: Bis zum September werden die Krisenfolgen noch mit hohem Aufwand gedeckelt, danach wird die Rechnung präsentiert. Wir müssen vorher ansetzen!

Die Warnung vor „sozialen Unruhen“ ist zynisch und dient der Vorbereitung von Repression und Einschränkung demokratischer Grundrechte. Mit spitzem Bleistift wird gerechnet, ob es nicht billiger und „sicherer“ wäre, noch weniger soziale Rücksichten zu nehmen und lieber die Formen des Protests zu kriminalisieren. Wir sagen: Öffentliche Unruhe ist notwendig, sozialer Protest gegen Zumutungen ist ein Grundrecht! Auch Formen des zivilen Ungehorsams und politisch motivierte Aktionen, in denen Eigentumsfragen thematisiert werden (wie jetzt beim „Umsonstfahrtag“), gehören dazu, genauso wie bundesweite Demonstrationen und politische Streiks. „Unruhestifter haben dieses Land verbessert“ (Heribert Prantl).

Wir stehen vor einer Weichenstellung. Die Rettung des Kapitalismus beinhaltet Entlassungen, Sozialabbau, Lohnsenkungen, Umweltzerstörung und Armut. Die Verteidigung der Interessen von Beschäftigten und Bevölkerung dagegen erfordert tiefe Einschnitte in das Privateigentum an Produktionsmitteln. Wir sprechen uns für strukturelle Reformen aus, die einem Abwälzen der Krisenfolgen auf die Menschen entgegenwirken. Aber wir verbreiten auch keine Illusionen über einen „heilen Kapitalismus“. Das Ziel der LINKEN bleibt die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Vergesellschaftung der Banken und Schlüsselindustrien, unter demokratischer Kontrolle durch die Beschäftigten und die Gesellschaft.

5 Punkte gegen die Krise auf Bundesebene

1. **Kontrolle übernehmen!**
   Den Krisenmachern muss jetzt das Heft aus der Hand genommen werden. Die Beschäftigten müssen wirksame, solidarische Aktionsformen entwickeln, um den Schutz von Arbeitsplätzen, gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen wirksam durchzusetzen. Wir brauchen endlich eine echte paritätische Mitbestimmung nach dem

Vorbild der Montan-Mitbestimmung, für alle Unternehmen. Das Aktiengesetz muss wichtige Entscheidungen zustimmungspflichtig machen (z.B. die Verlegung von Betrieben und Betriebsstellen, Übernahmen anderer Unternehmen, Massenentlassungen, Verkauf oder Schließung von Betrieben und Betriebsteilen), seitens der Aufsichtsräte und der Beschäftigten. Das Bankensystem gehört verstaatlicht. Staatliche Hilfen für Unternehmen müssen in Beteiligungen der öffentlichen Hand umgewandelt werden, die von direkt gewählten VertreterInnen der Belegschaften, der Gewerkschaften und des Staates kontrolliert werden. Auf allen Ebenen müssen statt unverbindlicher „Zukunftssicherungs-Pakte“ Tarifverträge durchgesetzt werden, die den Erhalt der Arbeitsplätze sichern und die Beschäftigten an den Zukunftsentscheidungen gleichberechtigt beteiligen. Einschränkungen des Streikrechts gehören weg: Wenn über Arbeitsplätze politisch entschieden wird, muss auch politisch gestreikt werden!

2. **Zukunftssicherung statt Entlassungen!**
   Entlassungen sind in keinem Fall hinnehmbar – die Beschäftigten sind nicht Verursacher der Krise! Für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in sozial fortschrittlichen und ökologisch nachhaltigen Bereichen soll ein demokratischer Zukunftsfonds eingerichtet werden, der einen Umfang von 100 Milliarden Euro hat. Dadurch wird das Umsteuern auf neue Produkte und Dienstleistungen auf die Tagesordnung gesetzt, während gleichzeitig die industrielle Substanz und die Arbeitsplätze erhalten werden. In den Betrieben ist Kurzarbeit zwar besser als Entlassungen, aber keine Lösung. Damit sie nicht in Entlassungen mündet, ist eine drastische Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit mit entsprechendem Lohn- und Personalausgleich notwendig. Die Beschäftigten müssen einbezogen werden bei der Erarbeitung alternativer Betriebspläne, wie mit den vorhandenen Kapazitäten die Produktpalette zukunftsfähig verändert werden kann. Eine „Entdichtung“ der Arbeit ist überfällig, damit die Beschäftigten sich nicht mehr krank schuften, während andere arbeitslos sind. Statt „Verehrenamtlichung“ wollen wir ein Normalarbeitsverhältnis, das Familienarbeit, Teilhabe und gesellschaftliches Engagement für alle Menschen möglich macht.

3. **Wiederaufbau öffentlicher Dienstleistungen!**
   Im öffentlichen Dienst müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden – regulär, tariflich und unbefristet. Nur eine moderne Gesellschaft mit guten sozialen Dienstleistungen kann die Innovationen hervorbringen, die wir brauchen. Eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze wäre der richtige Schritt – in den Bereichen Familienfürsorge, Kinderbetreuung, Altenpflege, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und Kultur. Der Ausverkauf öffentlicher Betriebe muss gestoppt werden, die Daseinsvorsorge rekommunalisiert. Der laufende Stellenabbau im öffentlichen Dienst muss vor Ort rückgängig gemacht werden – in breiter Solidarität mit den Beschäftigten.

4. **Beschäftigung und soziale Sicherheit jetzt!**
   Das neoliberale Angstregime aus Niedriglöhnen und Erwerbslosen-Armut muss gebrochen werden, die Vernichtung menschlicher Qualifikation und sozialer Perspektive gehört beendet. Vernünftige Arbeit ist mit Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut nicht zu vereinbaren, sondern erfordert das Recht auf Arbeit und Einkommen für alle. Dafür ist die vollständige Rücknahme der Hartz-Gesetze notwendig. Als erste Schritte sollen auf Bundesebene eine halbe Million öffentlich geförderte Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Arbeitslosengeld II soll auf 500 Euro erhöht, ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro eingeführt werden, das Kurzarbeitergeld auf 80% vom letzten Lohn angehoben und

auf maximal 24 Monate verlängert werden. Die Kommunen müssen das Recht erhalten, die Kosten der Arbeitslosigkeit für die Finanzierung von Beschäftigung zu verwenden (Aktivierung der passiven Leistungen). Die Perspektive ist eine Gesellschaft, wo jeder arbeiten kann, aber keiner gezwungen wird – unter menschlichen und fairen Arbeitsbedingungen, die mit dem Leben vereinbar sind.

5. **Profiteure enteignen!**
   Die Rechnung der Krise muss von denen bezahlt werden, die sich an ihrer Vorbereitung bereichert haben. Wo enteignet wird, gehören die Dividenden, Bonuszahlungen und Phantasiegehälter der letzten 15 Jahre auf die Entschädigung angerechnet. In systemrelevanten Unternehmen müssen auch entschädigungslose Enteignungen möglich sein. Im maroden Finanzsektor ist der Wert ohnehin negativ: Dieses Geld gilt es durch Belastung der große Vermögen und der Spitzeneinkommen aufzubringen. Das Antikrisenprogramm muss finanziert werden durch eine Millionärsabgabe, eine Anhebung der Spitzensteuersätze sowie durch Steuern und Abgaben auf Börsenumsätze, Devisenhandel, Produktionsverlagerung und das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen. Strukturwandel ist unvermeidlich, aber der Aufbau neuer Arbeitsplätze und Dienstleistungen muss bezahlt werden. Dies wird sich nur durchsetzen lassen, wenn es in Betrieben, auf der Straße und in den Parlamenten jetzt in aller Deutlichkeit gefordert wird! Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) muss ersetzt werden durch ein Gesetz zur Verstaatlichung des Bankwesens, durch internationale Abkommen zur Abwertung fauler Papiere und durch das Verbot von Bankgeschäften durch Unternehmen. Die Grundgesetzänderung zur „Schuldenbremse“ ist die jüngste neoliberale Todsünde der SPD. Mitten in der Krise wollen CDU, SPD, FDP und Grüne die Länder und Kommunen auf alle Ewigkeit dazu verpflichten, für die Steuergeschenke des Bundes an Reiche und Unternehmen mit der Armut ihrer EinwohnerInnen und der Demontage ihrer kommunalen Daseinsvorsorge zu bezahlen. Wir fordern: Die Schuldenbremse muss weg!

Auch auf Landesebene gilt: Handeln in der Krise ist notwendig! In Bremen wird die Krise bislang ausgesessen. Die Kaminplaudereien mit der Handelskammer, die als „Frühwarnsystem“ verkauft werden, haben schon jetzt versagt. Die rot-grüne Landesregierung trägt zur Krise bei, anstatt sie zu bekämpfen. Ihr Sparkurs durchkreuzt selbst noch die schwachen konjunkturellen Impulse der Bundesprogramme. Anstatt die Steuermehreinnahmen des letzten Jahres zu investieren, wurden sie in den Schuldendienst gesteckt. Im öffentlichen Dienst werden weiter Stellen abgebaut, allein 1.000 an den öffentlichen Kliniken. Während die Landesregierung von einer „führenden Innovations-Landschaft“ träumt, sind die öffentlichen Dienstleistungen in einem katastrophalen Zustand, ganze Stadtteile verfallen und werden der Verarmung preisgegeben. Anstatt in Beschäftigung zu investieren, kürzt die Landesregierung die Mittel für Arbeitsförderung um ein Viertel und lässt Menschen in Beschäftigungsprogrammen für 5,90 Euro arbeiten – eine Einladung an die Betriebe, die Niedriglöhne ebenfalls noch weiter zu senken!

In Bremen und Bremerhaven sind ca. 10.000 Arbeitsplätze ganz unmittelbar durch die Krise in Gefahr. 20.000 Beschäftigte arbeiten in Kurzarbeit. Das betrifft vor allem die Häfen, die Auto- und Stahlindustrie, aber auch die Zulieferbetriebe. Gleichzeitig versuchen Konzernleitungen die Krise zu nutzen, um jetzt Entlassungen durchzusetzen, die sie ohnehin vorhatten. Sie üben Druck aus, um Lohnverzicht und weitere Flexibilisierung zu erzwingen. Schon jetzt ist absehbar, dass industrielle Substanz und Qualifikationen von Beschäftigten

verloren gehen, die nach der Krise mühsam und teuer wieder aufgebaut werden müssen. Ebenso ist absehbar, dass Unternehmen die Entlastung durch Kurzarbeit und öffentliche Hilfen letztlich in Rationalisierung stecken, um nach der Krise noch weiter Personal abzubauen. Sozialabbau, soziale Spaltung, Armut treffen vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Hier entstehen „soziale Schulden“, die gesellschaftlichen Fortschritt auf lange Zeit blockieren.

Auch in Bremen und Bremerhaven gilt: Die Politik des Abwartens und sich Raushaltens muss beendet werden! Wir können nicht ausgleichen, was auf Bundesebene unterlassen wird – aber wir können das tun, was vor Ort getan werden muss! Dafür unterstützen wir Protest- und Streikaktionen der Betroffen, in den Betrieben ebenso wie beim bundesweiten Bildungsstreik in der Aktionswoche vom 15.-19.Juni.

5 Punkte gegen die Krise auf Landesebene

1. **Kontrolle übernehmen!**
   Das Mauscheln hinter den Kulissen hat wenig gebracht. Wir brauchen einen Wirtschaftsrat, an dem Betriebsräte, Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen mehrheitlich beteiligt sind und der Maßnahmen zum Erhalt der industriellen Substanz und der Arbeitsplätze vorschlägt. Wirtschaftsförderung muss unter klare Bedingungen gestellt werden, namentlich Erhalt der Arbeitsplätze und der Betriebsteile, aber auch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung. Entlassungen dürfen nicht akzeptiert werden, nicht in den Betrieben und nicht von der Politik! Die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften des Landes und der Kommunen müssen vorangehen für neue Modelle der Mitbestimmung, der Arbeitszeitverkürzung und der Entdichtung von Arbeit. Die GEWOBA muss dabei unterstützt werden, den Wohnungsbau wieder in öffentliche Hand zu überführen und die Wohnungsbaugesellschaften, die im Besitz privater Heuschrecken sind, aufzukaufen. Wo Konzerne der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht nachkommen, Wohnblöcke verfallen lassen oder ohne wirtschaftliche Notwendigkeit betrieblich kündigen oder Standorte schließen, müssen alle rechtlichen, politischen und ökonomischen Möglichkeiten einschließlich der Enteignung ausgeschöpft werden, um diese Entscheidungen zu verhindern oder private Kontrolle durch öffentliche Übernahme zu ersetzen. Wenn Entscheidungen zur Schließung von Standorten nicht zu verhindern sind, muss die Übernahme durch das Land oder die Übernahme durch die Belegschaft mit Landesunterstützung durchgesetzt werden. Die Kolleginnen und Kollegen in den Krisenbetrieben brauchen jetzt Solidarität für ihre Kämpfe – sowohl öffentliche Unterstützung als auch eine klare Unterstützung durch die Politik!

2. **Zukunftssicherung statt Entlassungen!**
   Häfen, Auto- und Stahlindustrie sowie Zulieferbetriebe sind von der Krise besonders betroffen. Erhalt der Arbeitsplätze und zukunftsfähige Umorientierung müssen verbunden werden. Die Landesregierung muss sich konsequent dafür einsetzen, Entlassungen zu verhindern. Die Arbeitsplätze beim Gesamthafenbetrieb (GHBV), auch die befristeten, dürfen nicht vernichtet werden – der „Solidarpakt“ ist in Wirklichkeit ein Arbeitsplatzvernichtungspakt! Die Hafenbetriebe dürfen die Krise nicht dafür nutzen, um Flexibilisierung und Tarifsenkung durchzusetzen! Auch hierfür steht die Landesregierung

in der Verantwortung, die als Eigentümerin der BLG den wichtigsten Hafenbetrieb direkt steuert. Wo Kurzarbeit stattfindet, soll das Kurzarbeitergeld bis zur Höhe des letzten Lohnes aufgestockt werden, wenn die Beschäftigten Qualifikationsmaßnahen in der Form alternativer Betriebspläne organisieren. Diese müssen vom Land finanziell und organisatorisch unterstützt werden und das Ziel haben, die Produktion auf breitere Basis zu stellen, neue Produkte und zukunftsfähige Dienstleistungen zu erschließen. Innovation darf nicht mehr länger heißen, dass immer mehr vom Selben mit immer weniger Beschäftigten hergestellt wird! Die Fixierung auf „Leuchttürme“ muss ersetzt werden durch die Förderung einer vielfältigen Produktionslandschaft. Hierfür muss das Land einen eigenen Zukunftssicherungsfonds auflegen, aus dem die Realisierung von Ergebnissen der alternativen Betriebspläne gefördert wird. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung für nationale und europäische Häfen- und Produktionspläne stark machen, die desaströse Konkurrenz und Überproduktion verhindern und Arbeitsplätze sichern. Massenentlassungen sind durch eine Verkürzung der Arbeitszeit bei ausgehandeltem Lohnausgleich zu verhindern. Wo Entlassungen nicht verhindert werden können, sind Auffang- und Transfergesellschaften zu gründen, in denen die Beschäftigten sich neue Arbeitsfelder erschließen, unterstützt durch öffentliche Aufträge.

3. **Wiederaufbau öffentlicher Dienstleistungen!**
   Sofortiger Stopp des Arbeitsplatzabbaus im öffentlichen Dienst, stattdessen Erhöhung der Stellenzahl in den Bereichen, wo die öffentliche Daseinsvorsorge besonders starken Nachhol- und Entwicklungsbedarf hat. In den Bereichen Bildung, Stadtteilmanagement, Kinderbetreuung müssen 500 bis 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Aufnahmekapazität des öffentlichen Dienstes kann durch die Förderung von Arbeitszeitverkürzung, Bildungszeiten und Altersteilzeit zusätzlich erhöht werden. Dabei sind generell eine bevorzugte Beschäftigung von Frauen und BewerberInnen mit Migrationshintergrund vorzusehen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss konsequent rekommunalisiert werden. Dabei muss das Privatisierungsdenken überwunden werden, das öffentliche Verkäufe mit Gewinnen und öffentliche Käufe mit Verlusten verwechselt. Die swb gehört ebenso in Landeseigentum überführt, wie andere wichtige Versorger!

4. **Beschäftigung und soziale Sicherheit jetzt!**
   Solange der Bund nicht handelt, muss Bremen Arbeitslosigkeit stärker durch geförderte Beschäftigung als durch Ausbau des öffentlichen Dienstes bekämpfen. Bremen und Bremerhaven brauchen den Aufbau eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung (ÖBS) mit einer Zielzahl von 10.000 Stellen, mit regulären Arbeitsverhältnissen, tariflicher Bezahlung und einem Mindestlohn in Höhe der DGB-Forderung. Dazu muss das Land seine Eigenmittel erhöhen, Bundes- und EU-Mittel konsequent nutzen, stärkeren Einfluss auf die Planung der BAgIS und der ARGE Bremerhaven ausüben. Notwendig ist ein ÖBS, der sozialräumliche Orientierung auf die besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Stadtteile verbindet mit Angeboten, die auch Erwerbslosen ohne besondere Zugangshemmnisse zugänglich sind. Der Senat muss seine Mindestlohnverpflichtung konsequent umsetzen und über ein Landes-Vergabegesetz die (unbefriedigenden) Grenzen des Bundes- und EU-Rechts maximal ausschöpfen. Die ökonomische Situation von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten muss verbessert werden durch ein kostenloses Sozialticket, volle Übernahme von Wohn- und Heizungskosten und Anerkennung besonderer Bedarfe und Einmalleistungen.

5. **Profiteure enteignen!**
   Den Krisengewinnern auf Bundesebene entsprechen auf Landesebene die Gewinner der Zeit der Großen Koalition. Anstelle eines zukunftsorientierten Umbaus für eine solidarische Gesellschaft hat in Bremen ein massives Umverteilungsprogramm von unten nach oben, von Beschäftigten zu Unternehmen, von öffentlichen Kassen zu kapitalistischen Gewinnen, von modernen Dienstleistungen zu privatkapitalistischen Prestigeprojekten stattgefunden. Die Profiteure dieser Umverteilung, die Bremen für die Krise besonders verwundbar gemacht hat, sind jetzt mit den Kosten der Krisenbekämpfung zu belasten. Das bedeutet: Konsequente Umwidmung der durch auslaufende Bindungen freiwerdenden Mittel im Wirtschafts- und Bau-Etat hin zu Arbeit, Soziales und Bildung! Keine weiteren Ausgaben für zusätzliche Gewerbeflächen und für unsinnige Zuwendungen! Abbruch überflüssiger Projekte wie der Weservertiefung! Höhere Belastung der Hafenbetriebe, die ihre Betriebskosten durch die Nutzung des GHBV gesenkt haben! Darüber hinaus muss Bremen ein Antikrisenprogramm auf Landesebene, wie oben aufgezeigt, durch zusätzliche Kreditaufnahme finanzieren, solange auf Bundesebene keine deutliche Einnahmesteigerung der Landes- und Kommunalhaushalte und eine deutliche Verbesserung der Bremischen Situation im Länderfinanzausgleich durchgesetzt ist. Der rot-grüne Senat muss seine Unterstützung für die „Schuldenbremse“ unverzüglich und eindeutig zurücknehmen!

Wir wissen nicht, wo uns die Krise hinführt. Aber wir können es beeinflussen. Nach dem Willen der Finanz-, Unternehmens- und Regierungseliten soll die Krise zu einem „Neoliberalismus II“ führen – mit stärkerer Indienstnahme des Staates, aber mit noch stärkerer Ausplünderung der Beschäftigten, der Bevölkerung, der ökonomischen und ökologischen Ressourcen und der öffentlichen Kassen. Aber die Krise kann auch zu einem neuen Kurs führen – zu gesellschaftlicher Kontrolle, anderen Prioritäten in der Politik, mehr wirtschaftlicher Planung und einer neuen, demokratischen Gestaltungsmacht von Beschäftigten und Bevölkerung, in Betrieben und Gesellschaft.

Das liegt an uns. Es hängt davon ab, dass wir nicht passiv bleiben und dass wir uns nicht spalten lassen – Kernbelegschaften gegen Leiharbeiter, Beschäftigte gegen Erwerbslose, Männer gegen Frauen, Alte gegen Junge, Zugewanderte gegen Ansässige. Wir brauchen gemeinsame Aktionen, zugespitzte Forderungen, die Offenheit für einen grundsätzlichen Politikwechsel und für eine demokratisch-sozialistische Systemalternative. Der weitere Verlauf der Krise wird in den Betrieben und auf der Straße entschieden. Wir brauchen aktives Handeln vor Ort und in den Parlamenten. **Nichts anderes heißt „Kämpfen in der Krise“.**